

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

4 (10.1.1923)



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag.

Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Ausreiter frei ins Haus gebracht monatlich 300.- Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Postfach-Nr. 6003. Karlsruhe Nr. 6003.

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung



General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile ... Mk.

Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 25.- Mk.

Anzeigen mit Bekandresse oder Anskunft ... Mark Sondervergütung.

Grundbesitz im Anzeigen- und Textteil ist frei.

Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konkurs erlischt.

Wahrschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 4.

Mittwoch, den 10. Januar 1923.

84. Jahrgang

### Das Wichtigste.

Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, sich auch durch den Druck von Drohungen nicht zu Sonderverhandlungen mit Frankreich bewegen zu lassen.

Im Ruhrgebiet fanden stark besuchte kommunistische Versammlungen gegen den Versailler Vertrag und die beabsichtigte Ruhrbesetzung statt.

Aus Washington wird gemeldet, die Möglichkeit eines amerikanischen Eingreifens in der Reparationsfrage sei durch den Senatsbeschluß über die Zurückziehung der Truppen verringert. Amerika bleibe nur Zuschauer.

In Berlin haben in den letzten Tagen Unterredungen maßgebender Wirtschaftsführer stattgefunden, die auf eine Wirtschaftskonferenz in Berlin abzielen.

Die französischen Vortruppen reichen bereits bis an den Essener Vorort Kretzberg heran.

### Zur Lage.

Poincaré hat die Pariser Konferenz so gelenkt, daß sie aufflog, bevor Deutschland Gelegenheit gegeben war, seine Pläne für die Lösung des Entschädigungsproblems auch nur vorzulegen. Damit sind der deutschen Regierung die Hände gebunden. Ihren Vorschlag nachträglich zu veröffentlichen, hat keinen rechten Zweck, weitere Vorschläge kann sie nicht machen, die Initiative ist jetzt ganz auf die Franzosen übergegangen und uns bleibt nichts anderes übrig, als abzuwarten, welche Ziele sie verfolgen. Möglichkeiten haben sie verschiedene, je nachdem sie sofort auf Ganze gehen oder ihre Vernichtungsmaschine langsam anlaufen lassen wollen. Zunächst muß man sich einmal über die Rechtslage klar werden: Das Moratorium, das uns bewilligt worden war, ist am 31. Dez. 1922 abgelaufen, seitdem gilt der Londoner Zahlungsplan wieder, der uns auf den 15. Januar zu einer Zahlung von 500 Mill. Goldmark verpflichtet. Da angesichts des finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands die Unmöglichkeit der Zahlung bereits vor Monaten feststand, hat noch das Kabinett Wirth am 13. November eine Note nach Paris gerichtet, worin es ein neues Moratorium erbat. Dieses Gesuch ist bisher nicht erledigt, der Entschädigungsausschuß hat sich seine Entscheidung vorbehalten und wollte offenbar erst antworten, wenn in Paris eine Verständigung zustande gekommen war. Nachdem dieser Versuch mißglückt ist, kann der Ausschuß von sich aus entscheiden, falls England sich darin noch weiter zu betätigen beabsichtigt. Es kann aber auch sein, daß die Franzosen zusammen mit den Italienern und Belgiern eine neue kleine Entente bilden, und an dem Entschädigungsausschuß vorbei ihre Politik verfolgen. Auch dafür hat Poincaré seine Vorbereitungen getroffen, als er in Abwesenheit des englischen Vertreters eine „böswillige Verfehlung Deutschlands“ in Sachen der Holzlieferungen feststellen ließ, und er ist bereits damit beschäftigt, einen zweiten solchen „Verstoß“ bereit zu legen. Welche Rechte sich daraus ableiten, ist umstritten; der berühmte Paragraphe 18 der Anlage 2 zum 8. Teil des Versailler Vertrages wird verschieden ausgelegt. Von den Franzosen dahin, daß nach einem solchen Verstoß Deutschland jede der beteiligten Ententemächte auf eigene Rechnung vorgehen könne, von den Engländern und von den Deutschen dahin, daß immerhin nur eine gemeinsame Aktion aller Ententemächte gemeint sein könnte, daß zudem lediglich finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen in Frage kommen, also keineswegs Gebietsbesetzungen, selbst wenn sie nicht militärischer Natur sind. Die deutsche Auslegung, die gerade jetzt von den Engländern eifrig unterstützt wird, ist zwar die allein richtige, aber danach fragt Poincaré bekanntlich nicht; wer sich auf eine Million Bajonette stützen kann, braucht es mit dem Recht einem wehrlosen Gegner gegenüber nicht so genau zu nehmen. Wir müssen also damit rechnen, daß die französische Regierung am 15. Januar wenn die 500 Millionen Gold nicht eingelaufen sind, erneut Deutschlands böswilligen Verzug feststellt und dann in einem Ultimatum die Annahme „ihres“ Programms von uns fordert, vielleicht auch ohne weiteres mit Soldaten oder Zollbeamten einmarschiert.

Frankreich kann aber auch noch eine andere Taktik verfolgen, die noch gefährlicher ist, weil sie die eigentlichen Ziele der französischen Politik zunächst verdeckt. Indem es uns nämlich ein Moratorium für die am 15. Januar fällige Zahlung bewilligt und daran Bedingungen knüpft, die Deutschland zu erfüllen nicht imstande ist. Poincaré hat oft genug die völlige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands öffentlich anerkannt, wenn er also jetzt plötzlich 500 Millionen von uns verlangt, dann würde er sich mit seinen eigenen Worten in Widerspruch setzen. Darauf wird es ihm zwar nicht ankommen, aber am Ende kommt es ihm doch darauf an, die öffentliche Meinung der Welt nicht allzu sehr vor den Kopf zu stoßen, und das erreicht er, wenn er zunächst sehr maßvoll auftritt, um erst allmählich die Daumenschrauben fester anzuziehen. Er hätte damit auch den Vorteil, daß er die geschlossene Einheit des politischen und wirtschaftlichen Deutschland auseinanderzulösen versuchen könnte. Die ewigen Optimisten bei uns werden ja nicht alle. Es besteht zum mindesten die Gefahr, daß sie nach diesem Strohalm greifen und sofort sich damit beruhigen, daß auch die Franzosen es gar nicht so böse meinen, obwohl nicht der geringste Zweifel daran bestehen kann, daß ein solches Moratorium von drei oder sechs Monaten die Katastrophe eben nur um so lange hinauschieben würde. Wofür sich Poincaré entschließen wird, darauf haben wir keinen Einfluß, das wird letzten Endes wohl davon abhängen, wie stark er den Willen des amerikanischen Präsidenten einschätzt. Daß es sich

auch dann für ihn nur um ein Ausbiegen, nicht etwa um ein Zurückweichen handeln würde, daran ist nach der Methode, die er in den letzten Wochen verfolgt hat, nicht der geringste Zweifel.

### Die Haltung der deutschen Regierung.

Berlin, 8. Jan. Aus dem neubefetzten Gebiet im Rheinland insbesondere aus Düsseldorf liegen Nachrichten vor, die erkennen lassen, daß die französischen Militärs fast noch stärker als die französische Regierung das Bedürfnis haben, durch recht auffällige Vorbereitung einer Okkupation des Ruhrgebiets einschüchternd zu wirken. Es sind nicht bloß eine kleinere Zahl neuer Truppen erschienen, es wird auch Quartier gemacht und insbesondere für die Aufnahme von Kraftwagen Vorsorge getroffen, auch die französische Kavallerie läßt sich auffällig blicken, wie feinerzeit, als die Besetzung von Frankfurt bevorstand. Diesmal zeigen sich auch Tankgeschwader auf den Straßen. Die deutsche Regierung, die gegenwärtig noch mit der Prüfung der Rechtslage beschäftigt ist, die sich ergeben würde, wenn Frankreich allein oder doch nicht mit Billigung sämtlicher alliierter Mächte zu einer neuen Besetzung deutschen Bodens schreiten würde, ist, wie wir hören, entschlossen, sich auch durch den Druck von Drohungen nicht zu Sonderverhandlungen mit Frankreich bewegen zu lassen. Sie verhält sich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein isoliertes Vorgehen Frankreichs als ein Rechtsbruch angesehen werden muß und daß sie nur mit der Schamtheit der alliierten Mächte verhandeln kann.

Einheitslich ist die Überzeugung zum Ausdruck gekommen, daß das von Frankreich vorbereitete Vorgehen als Bruch des Versailler Vertrags angesehen werden müsse. Welche Maßregeln die deutsche Regierung treffen wird, bleibt abhängig von dem Umfang des französischen Vorgehens. Es ist klar, daß es sich dabei um irgend welche Maßnahmen der Gewalt nicht handeln kann. Denkbar ist äußersten Falls, daß die deutsche Regierung und die deutschen Behörden jede Mitwirkung verweigern, wenn die Franzosen nun daran gehen wollen, ihren Rechtsbruch fruchtbar zu machen. Einen besonderen Erfolg darf man sich freilich davon nicht versprechen, da aus den französischen Vorbereitungen zu ersehen ist, daß auch sie, die Franzosen, auf diese Art von Widerstand sich gefaßt gemacht haben und sich darauf einrichten. Aber aus allem, was die deutsche Regierung tut, oder unterläßt, muß immer und immer wieder die öffentliche Anklage hervorspringen: Es ist Rechtsbruch, was man uns antut, der Versailler Vertrag ist von seinem eigenen Schöpfer in Fegeln gerissen. Es muß der ganzen Welt auf Schritt und Tritt, täglich und stündlich zum Bewußtsein gebracht werden, wie bodenlos gemein man gegen ein wehrloses Volk handelt, das bis daher sein Neufestes getan, seinen Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg nachzukommen. Und wenn auch über unseren moralischen Protest heute hinweggeschritten wird, rückwärtslos und mit kaltem Blute — einmal kommt doch der Tag, wo der Samen aufgeht. Er wird um so früher kommen, je geschlossener wir uns heute in einiger Front dem Gegner zeigen und je standhafter wir im stummen Trotz des Leidens verharren. Entscheidungen von außerordentlicher Tragweite stehen uns bevor. Es darf nicht erwartet werden, daß die Regierung uns heute schon zum voraus alle Schritte darlegt, die zu tun sie je nach den Umständen beabsichtigt. Wir stehen gleichsam wieder im Krieg, und im Krieg ist schweigendes Handeln das Gebot. Aber der Geist, in dem die kommende Gegenwehr der Wehrlosen geleitet werden soll, ist uns bekannt aus des Kanzlers jüngster Ansprache an die amerikanischen Pressevertreter: Ihm müssen und ihm können wir vertrauen.

### Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Essen, 8. Jan. Die Stimmung der Bevölkerung aller Kreise ist zwar gespannt, aber auch vollkommen gefaßt. Die Einwohner aller Berufs- und Gesellschaftsklassen zeigen den festen Willen, die bevorstehenden Prüfungen im Interesse des Volksganzen auf sich zu nehmen und zeigt keineswegs den Eindruck einer gedrückten Stimmung. Eine Kundgebung, die am gestrigen Sonntag vormittag vom österreichisch-deutschen Volksbund veranstaltet war, hat sich spontan zu einer mächtvollen Kundgebung gegen die französischen Bedrückungsabsichten ausgewirkt und gezeigt, daß Arbeiterschaft und Bürgerschaft des deutschen Industriezentrums den kommenden Gewaltmaßnahmen gegenüber geschlossen zusammenstehen und unter allen Umständen die Ruhe bewahren wollen. Heute nacht haben auch kommunistische Versammlungen in Essen stattgefunden, deren Ergebnisse nicht bekannt sind. Man darf aber annehmen, daß ihre Beschlüsse auf Ablehnung der imperialistischen Gewaltpolitik und vielleicht auch auf Agitation unter den Besatzungstruppen im Sinne der dritten Internationale gelautet haben.

### Die Abreise der Ingenieure für das Ruhrgebiet.

Paris, 8. Jan. Die Radio-Agentur hatte gestern abend folgende Note veröffentlicht: 40 Bergwerks- und Maschineningenieure haben um 9.55 Uhr den Nordbahnhof verlassen, um sich nach Essen zu begeben. Diese Ingenieure werden von Essen auch nach den Hauptgruben des Ruhrgebiets entsandt werden, deren Direktion sie zweifellos, sobald Befehl aus Paris eintrifft, zu übernehmen haben.

Diese Abreise ist in größtem Geheimnis durchgeführt worden. Die Mitglieder der Delegation kannten den Ort nicht, an den sie sich zu begeben hatten. Sie hatten nur Befehl erhalten, sich um 9.30 Uhr auf dem Nordbahnhof einzufinden,

um eine Reise anzutreten. Nachmittags hatten die Abreiseführer eine lange Unterredung mit dem Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquers und dem Generaldirektor der Gruben und Bergwerke, Coste. Die Agentur fügt hinzu, daß wahrscheinlich eine neue Abteilung Ingenieure Paris mit dem Bestimmungsort Essen verlassen wird. Diese Mitteilung des offiziellen Büros wird vom Petit Parisien folgendermaßen ergänzt: Die Ingenieure werden sich nicht direkt nach Essen begeben, sie werden vielmehr in Düsseldorf Halt machen, wo die Regierung ihnen neue Instruktionen zukommen lassen wird, wenn der vom Ministerrat festgesetzte Plan in Ausführung gebracht wird. In diesem Zusammenhang, so schreibt der Petit Parisien, wollen wir daran erinnern, daß der Ministerpräsident sich entschlossen hat, am Donnerstag in der Kammer zu sprechen. An diesem Tage wird er zweifellos den Abgeordneten Bericht erstatten über die Maßnahmen, die bereits durchgeführt sind.

### Ein Aufruf für die bedrohten Gebiete.

Berlin, 9. Jan. Der Reichspräsident hat an die Bevölkerung des von neuer Besetzung bedrohten Gebietes folgenden Aufruf, der durch öffentlichen Anschlag verbreitet wurde, erlassen: „Mitsbürger! Gestützt auf militärische Macht schickt sich fremde Willkür an, erneut das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen. Abermals erfolgt ein Einbruch unseres Segners in deutsche Lande. Die Politik der Gewalt, die seit dem Friedensschlusse die Verträge verlegt, und die letzten Rechte mit Füßen tritt, bedroht die Kerngebiete der deutschen Wirtschaft, die Hauptquellen unserer Arbeit, das Brot der deutschen Industrie und der gesamten Arbeiterschaft. Die Ausführung des Friedensvertrages wird so zur absoluten Unmöglichkeit und zugleich werden die Lebensbedingungen des schwer leidenden deutschen Volkes noch weiterhin zerrütet. Der Vertrag von Versailles sollte den Völkern den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber die Fortsetzung des Unrechts und der Gewalt. Es ist der Bruch des Vertrages von Versailles, angehen einem entwaffneten und wehrlosen Volk! Deutschland war bereit zu leisten, so weit seine Kraft reichte. Unerhört wird es nun überfallen. Diesen Gewaltakt klagen wir an, vor Europa und der ganzen Welt! Laut erheben wir unsere Stimme, daß hier fremde Mächte das heilige Recht des deutschen Volkes auf eigenem Boden, sein Recht zum Leben, verweigern. Nun sollt Ihr für das ganze deutsche Vaterland das harte Los der Fremdherrschaft erleiden! Harret aus in duldbarer Treue, bleibt fest, bleibt ruhig und bleibt besonnen! In Gefühle unseres guten Rechtes tretet in erster Würde den fremden Gewalthabern entgegen, bis der Morgen tagt, der dem Rechte seinen Platz und Euch die Freiheit gibt! Wir aber geloben Euch Treue und Hilfe. Unsere restlose Sorge wird es sein, und nichts soll ungeschefen bleiben, die Dauer der Fremdherrschaft abzukürzen, Euerer Not zu lindern und den Weg zu einem wahren Frieden zu finden. Am deutschen Gemeinfinn und opferfreudiger Vaterlandsliebe werden die fremden Machtpläne zerfallen! Haltet alle Zeit hoch die deutsche Einheit und unser gutes Recht!

gez. Der Reichspräsident Ebert.  
gez. Der Reichskanzler Cuno.

### Der Reichskanzler gegen Zwang und Gewalt.

Reichskanzler Dr. Cuno empfing Montag vormittag die Berliner Vertreter der amerikanischen Depeschenagenturen und gab ihnen gegenüber folgenden Erklärungen ab: Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Entschädigungsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgeschoben. Frankreich scheint sich zu dem Versuch anzuschließen, seine Ansprüche im Wege des Zwangs und der Gewalt durchzusetzen. Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen in Frankreich wirklich glaubte, durch einen solchen Zwang die Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich sagte schon in meiner Hamburger Rede, daß jede Zwangsmaßnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten würde. Das kann ich heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen, denn so sehr wir bereit waren und es auch heute noch sind, freiwillig und gestützt auf unsere Wirtschaft bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir Willens, uns irgend einem Zwang zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unfrige getan. Wir sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Leids gehen Unter Druck und Drohungen werden wir nicht handeln. Wir werden der Gewalt nicht mit Gewalt entgegenzutreten, was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Unwegenheit und Rechtslosigkeit des französischen Vorgehens der Welt in ihrem wahren Licht zu zeigen. Gewalt bleibt Gewalt! Frankreich versucht die geplante Aktion mit einem Schein des Rechts zu umkleiden, indem es von „Sanktionen“ und „Pfändern“ spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrags ihre Stütze haben sollen. So ungeheuerlich er auch sonst ist, er geht nicht so weit, den Alliierten beliebige Angriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung ihrer Forderungen aus dem Vertrag namentlich zur Sicherung der Reparationsforderung, halten die Alliierten für eine bestimmte Zeit die Rheinlande besetzt, eine Garantie, wie sie stärker und drückender wohl in keinem Friedensvertrag



zwischen Kulturovorkern festgelegt wurde. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet nicht in den Schranken des Befugungsrecht...

Die Stellung Englands zu Frankreich.

Ueber „Die Stellung Englands zu Frankreich“ sagt die Zeitschrift „Foreign Affairs“: Wir haben die größte Sympathie mit dem französischen Volk, und wenn wir ein Wort mitzusprechen hätten, würden wir darauf gedrungen haben, daß Amerika und England unmittelbar nach dem Waffenstillstand...

„Sie haben Beleidigungen auf Beleidigungen gegen das deutsche Volk gebraucht und suchen, die Rheinprovinz von Deutschland zu lösen.“ Frankreich muß sich heute viel sagen lassen. Gut nur, daß die „Foreign Affairs“ ein englisches Blatt sind, so kann ihnen die Hohe Interalliierte usw. nicht auch den Mund zu stopfen suchen.

Einsichtige Franzosen.

Paris, 6. Jan. Gestern abend hat hier die von der französischen Gewerkschaftszentrale der sozialistischen Partei und

der Liga für Menschenrechte veranstaltete Kundgebung zu Gunsten einer friedlichen Regelung der Reparationsfrage stattgefunden. Für die Gewerkschaften sprach Souhauz, für die sozialistische Partei der Abgeordnete Blum und für die Liga für Menschenrechte der Abgeordnete und ehemalige Minister Paul Bancourt.

„Frankreich wird sich selbst zugrunde richten!“

In seinem neuen Leitartikel, der im Pariser „Journal“ abgedruckt wird, wendet sich Lloyd George gegen die übermäßigen Forderungen, die die Völker Europas belasten und den wirtschaftlichen Aufstieg hindern. Nach der Meinung Lloyd Georges ist der Krieg von 1914 nicht zu vermeiden gewesen, weil die deutsche Armee größer, stärker und besser ausgerüstet war, als irgendein anderes Heer der Welt.

Amerika bleibt Zuschauer

Washington, 7. Jan. Die Möglichkeit eines Eingreifens Amerikas in der europäischen Reparationsfrage ist verringert worden durch den Senatsbeschluss über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein. Die amtliche Stellung zur gegenwärtigen Lage wird bezeichnet als die eines wohlwollenden Zuschauers, in Freundschaft mit allen an der Krise beteiligten Parteien.

Macdonald über die Reparationsfrage.

London, 8. Jan. Reuter zufolge hat der Arbeiterführer Ramsay Macdonald gestern in Cork eine Rede über die Reparationsfrage gehalten, in der er u. a. sagte: Ich glaube, es ist zu hoffen, daß wir uns alle klar machen, daß das Problem das wir zu lösen haben, von neuem in Angriff genommen werden muß. Ich halte entgegen der gegen uns stehenden französischen Politik die Ansicht aufrecht, die die englische Arbeiterpartei vor 3 Jahren verkündet hat: 1. Die Reparationssumme muß endgültig festgesetzt werden, 2. muß sie sowohl hinsichtlich der Bar- wie der Sachleistungen so sein, daß Deutschland sie leisten kann, und daß die Empfangenden sie aufnehmen könnten, 3. muß sie nicht lediglich danach bemessen werden, was Deutschland jetzt leisten kann, sondern, was es bezahlen kann, wenn es sich nach Ablauf des notwendigen Moratoriums erholt hat.

Geschick, als über die ungeheuerliche Tatsache, daß Mitglieder des Kabinetts sich gegen das Leben eines Kollegen verschworen hatten.

„Ah, jetzt beginnen Sie, den Zusammenhang der Dinge zu begreifen.“ sagte Herzog. „Ja, hätte Roger Marske nicht auf eigene Faust gespielt, worüber Sie mir vielleicht jetzt Aufklärung geben können, so hätte ich in diesem Augenblicke in etwas anderen Beziehungen zu Ihnen gestanden, als es jetzt der Fall ist.“

Und seinen schweren Körper in einem von Frau Krauces unbequemen Sesseln zwängend, erzählte er die ganze Geschichte seiner geheimen Mission. Wie er Rivington mit Wissen des Ministers des Innern aus dem Gefängnis herausgebracht hatte, wie er sofort nach seiner ersten Unterredung mit ihm in Southampton an seiner Eignung für die Geschichte zweifelt hatte und wie er in dem Augenblicke, wo er auf dem Boote am Tage ihrer Ankunft in Totland Lady Muriels Interesse an dem Falle bemerkte, eine ganz unvorhergesehene Kombination privater Einflüsse gewittert hatte.

Er erzählte ihm mit einem breiten, vergnügten Grinsen, daß er den Ausflug nach Bournemouth absichtlich zu dem Zwecke arrangiert hatte, um seinen Verdacht bestätigt zu sehen, daß Roger Marske nicht nur Rivingtons Identität vermutete, sondern auch private Gründe dafür hatte, entweder seinen Tod oder seine Wiedereinkerkung zu wünschen.

„Ich hatte schwere Mühe, ihn dort in dem Fichtemalde zu beruhigen, und es gelang mir nur, indem ich ihm die Wahrheit sagte — daß nämlich Ihre Flucht auf Verreiben seines Vaters, Sir Gideons, bewerkstelligt worden war; was ich ihm aber nicht sagte, das war, daß von diesem Augenblicke an mein Gehorjam gegen diesen alten Sünder aufgehoben war und daß der ganze Verstand, den ich besitzen nur noch dazu dienen sollte, eine alte Rechnung die ich mit ihm habe, zu begleichen.“

bestimmter Weise zu erklären, daß wir uns um unsere eigenen nationalen Interessen mindestens kümmern müssen und sie nicht lediglich dem Zwecke opfern können, um das Bedürfnis mit Frankreich oder mit irgend einem anderen Lande im Gleichgewicht zu halten.

Wirtschaftskonferenz in Berlin?

Berlin, 8. Jan. In den letzten Tagen haben in Berlin Unterredungen maßgebender wirtschaftlicher Persönlichkeiten stattgefunden, die auf eine Wirtschaftskonferenz in Berlin abzielen. Die Anregung dazu geht von russischer Seite aus, auch in den letzten Tagen haben sich beachtenswerte amerikanische und englische Kreise zu einer solchen Konferenz zusammengefunden, um nach den wenig erbaulichen Ergebnissen der politischen Konferenzen von Spa, Genua, London und Paris ihre gegenseitigen Interessen zu wahren und eine Verständigung über Warenaustausch herbeizuführen.

Die Lausanner Konferenz.

In Lausanne sollen diese Woche endlich die Hauptausschüsse wieder zusammentreten, als erster am Montag der für die Kapitulationsfrage, dann am Dienstag der für die Gebietsfragen. Da wird es sich rasch zeigen, ob die Beratungen überhaupt noch Aussicht haben, zu einem Ziel zu führen. Wegen der z. B. schwierigsten Frage, der von Moskau, seien zwei Mitglieder der türkischen Abordnung nach London gereist, um dort bestimmte Vorschläge vorzulegen. Ueber die Meerengenfrage will die russische Abordnung am heutigen Montag einen neuen Vorschlag vorlegen. Wie wenig geklärt alles noch ist, zeigt ein neuer Zwischenfall, er sich am Samstag im Unterausschuß für die Minderheiten zutrug. Da sprachen zunächst der italienische und der englische Vertreter über die Armenierfrage und zu Gunsten der Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Armenier. Daran anschließend wollte der französische Vertreter über die gleiche Frage sprechen. Da erhob sich plötzlich der türkische Delegierte Riza Nuri Bey und erklärte, die armenische Frage sei bereits durch die Türken gelöst, wenn noch weiter darüber gesprochen werde, müßte die türkische Abordnung den Saal verlassen. Die Vertreter der Großmächte wandten sich gegen eine solche Haltung und der Franzose begann seine Rede. Da verließ Riza Nuri Bey die Sitzung. Die Verhandlungsmächte schickten der türkischen Abordnung ein Beschwerdeschreiben. Daraufhin antwortete Ismed Pascha, es handle sich um ein Mißverständnis. Riza Nuri Bey habe keinerlei beleidigende Absichten verfolgt. Der Zwischenfall sei dadurch herausgefordert worden, daß die bereits erledigte armenische Frage wiederum zur Ausprache gestellt worden sei. Die türkische Abordnung bedauere den Zwischenfall und betrachte ihn als erledigt. Auch in der Frage der Kapitulationen blieben die Gegensätze unvermindert bestehen. Ob nun die Vollversammlung besser regeln wird? Neuen Ärger erleben die Engländer durch die Ägypter. Die ägyptische Vertretung überreichte nämlich der Konferenz eine Verwahrung gegen die Verletzung der Neutralität des Suezkanals infolge der Anwesenheit englischer Truppen in Ägypten.

Demokratie und Landwirtschaft.

Der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes und langjährige Reichstags- und Landtagsabgeordnete Wachhorst de Wente, der erfreulicherweise jetzt wieder in Oberschlesien in den preussischen Landtag gewählt ist, hielt während der Wahlzeit in verschiedenen Orten Oberschlesiens ausgezeichnete Vorträge über die Deutsche demokratische Partei und die Landwirtschaft. Es lohnt sich, die Auffassung dieses sachverständigen Parlamentariers kennen zu lernen. Er führte u. a. folgendes aus: Besonders nach der Revolution hat wohl keine Partei bahnbrechender für die Landwirtschaft gewirkt als die demokratische.

Sie war es, die in jenen stürmischen Zeiten mit gleichgesinnten Parteien dafür sorgte, daß für die Landwirtschaft Bedingungen geschaffen wurden, die ihre Aufrechterhaltung sicherten. Die Weimarer Nationalversammlung hat als eines der wichtigsten Gesetze, das ein Markstein in der Agrargeschichte Deutschlands bleiben wird, das Reichslandungsrecht geschaffen. Auf Grund dieses Gesetzes ist es möglich, bei konsequenter Durchführung noch hunderttausende von Familien als selbständige Existenzen auf dem Lande anzusiedeln. Leider hat Deutschland meist das

„Aber was ist's mit jener Atropin-Geschichte, bei welcher ich Sie neulich abends schachmatt setzte?“ fragte Rivington. „Das sah nicht aus, als wollten Sie Lord Alphington schonen.“

„Mich schachmatt gesetzt!“ lächelte Herzog liebenswürdig. „Das war ein harmloser Anschlag, um eine Frage zu lösen, über welche ich noch keine Gewißheit hatte, ob Sie nämlich wirklich willens waren, Seine Lordschafft zu töten oder nicht. Als ich Ihnen die angeblich verhängnisvolle Spritze übergab, war nichts darin, als Rosenwasser. Ich war genötigt, ein Parfüm zu gebrauchen, damit ich bei vorheriger Prüfung der Spritze die Gewißheit erlangen konnte, ob Sie dieselbe ausgefüllt und mit reinem Wasser angefüllt hatten — was ich nämlich erwartete... So haben Sie mich also schachmatt gesetzt, mein Freund.“

Rivington begann, seine List zu bewundern, besonders, nachdem dieselbe kein niedrigeres Ziel gehabt hatte, als die verbrecherischen Redensarten Lügen zu strafen, mit denen Rivington ihn zu täuschen versucht hatte.

„Um zu Roger Marske zurückzukehren,“ fuhr Herzog in ersterem Tone fort, „meine eigene Position, Vater und Sohn gegenüber, ist die folgende: Vor Jahren, als ich im Steuerdienste war, beging ich eine Verletzung, die Sie Gideon dazu benutzte, mich mit Leib und Seele zu knebeln und mich zum Vollbringer jedes schmutzigen Geschäftes zu verwenden, dessen er bedurfte. Ich hatte keine Wahl, denn ich stand vor der Alternative, mein Sklave zu sein oder in das Zuchthaus zu wandern. Durch sein Benehmen gegen Sie, durch seine Verfolgung Ihrer Freundin, Fräulein Chilmark, nach London und mehr noch durch seine Absicht, Sie heute nacht zu töten, hat Roger Marske verraten, daß er in Ihre Angelegenheit gründlich verwickelt ist. Ich glaube, ich habe recht, wenn ich vermute, daß Sie und Ihr schneidiges Bräutchen der Meinung sind, Roger Marske müsse an Ihrem Plage stehen.“

Durfte Rivington diesem unheimlichen Manne so weit vertrauen und ihm alles von dem Geheimnis sagen, auf dessen Ergründung Janets Nachforschungen hinausliefen? Herzog las ihm den Zweifel vom Gesicht ab, denn er beeilte sich hinzuzufügen:

Tausendfältig Unglück.

Roman von H. Hill.

36) Nachdruck verboten.

„Dm! ... er ist an diesen Schlingspflanzen in die Höhe geklettert,“ sagte Herzog, schloß die Fenster und zündete die Kerze auf dem Nachtschiff an. „Ich glaube, Sie sind mir Dank schuldig, mein Freund.“

Rivington erwiderte, daß er vollkommen wach und durchaus bereit gewesen sei, sich zu verteidigen...

„Gut, gut“, meinte der andere, „jedenfalls habe ich Sie gewarnt, und Ihnen Gefahr prophezeit, und Sie haben meinen Rat benützt, um wachsam zu sein. Ich war im ungewissen, ob Ihre Gefahr diese Form oder die Gestalt eines Einfalles von Polizeioffizieren annehmen würde; ich bin entzückt, daß sie in der Gestalt des Herrn Roger Marske kam, denn jetzt kenne ich die Karten meines Gegners und weiß, welches Spiel ich zu spielen habe. Bitte, nehmen Sie Einsicht in dieses Telegramm, das ich heute abend erhielt.“

Rivington sah, daß es um sechs Uhr auf dem Postamente von Charing Cross aufgegeben war und außer der Adresse nur zwei Worte enthielt: „Geschäft beendet.“

„Das“, fuhr Herzog fort, als er die Botchaft sorgfältig in sein Taschenbuch zurücklegte, „bezieht sich auf unsere kleine Angelegenheit — oder vielmehr auf das, was sie gewesen wäre, wenn Sie sich als der abgefeimte Schurke bewährt hätten, für den man Sie gehalten. Es ist ein vereinbartes Signal, welches mich benachrichtigt, daß der Plan aufgegeben wurde. Lord Alphingtons Leben ist nicht länger bedroht, und ich persönlich freue mich darüber, denn ich bin von Natur aus nicht blutdürstig. Ich werde jetzt vollständig aufrichtig gegen Sie sein, Rivington, und hoffe, Sie damit zu gleicher Aufrichtigkeit zu veranlassen. Dieses Telegramm wurde von Sir Gideon Marske, dem Staatskanzler, abgeschickt, der einer meiner Vorgesetzten in der ungemütlichen Sache ist, in die wir verwickelt waren.“

„Roger Marskes Vater!“ rief Rivington aus, betroffen über die intime Bezeichnung dieser Enthüllung zu seinem eigenen



beste Blut, die Kinder vom Lande, anderen aufsteigenden Böhren als Kulturfürer in den Schoß werfen müssen, während in Deutschland selbst, nach der großen Volksbewegung in napoleonischer Zeit im Anfang des vorigen Jahrhunderts, der Großgrundbesitz es verstanden hat, ungeheure Flächen von Bauernland in seine Hand zu bringen. In vielen Gegenden verschwand das Bauerntum und der Besitz der preußischen Feudalen wurde immer größer. Wie die Landverteilung in der Provinz Schlesien aussieht, zeigt allein die Tatsache, daß die sechs größten Großgrundbesitzer an Kulturland nicht weniger als 813 160 Morgen besitzen, wobei die Forstflächen noch nicht mitgerechnet sind; mit ihnen würde sich die Besitzfläche so ziemlich verdoppeln. In den vier uns verbliebenen östlichen Provinzen haben 11 000 Großgrundbesitzer 14 Millionen Morgen wirtschaftliche Fläche (ohne Forsten) im Besitz; das sind 3,2 Millionen Morgen mehr, als auf sämtliche 2,6 Millionen Kleinbetriebe Deutschlands bis 5 Hektar nach der Betriebszählung von 1907 kommen. Hier Wandel zu schaffen, war Aufgabe der Demokratischen Partei, die mit Schöpferin des Reichsiedlungsgesetzes ist. Anstatt die Millionen Menschen besten Blutes über den Ozean zu schicken, und dafür polnische und ruthenische Arbeiter einzuführen, will sie dieses wertvolle Menschenmaterial möglichst im Lande behalten. Freilich ist es bei den heutigen phantastischen Preisen für Grund, Boden und Baumaterialien schwer, auf diesem Gebiete so vorzugehen, wie wir es wünschen. Um so mehr kann die Anliegersiedlung, bei der diese Schwierigkeiten nicht bestehen, gefördert werden. Hier gilt es, die Widerstände, die sich auf deutschnationaler und auch auf sozialdemokratischer Seite zeigen, zu überwinden. Auch bei den von der Nationalversammlung beschlossenen Steuererhöhungen hat die Demokratische Partei, ihr reichliches Verdienst daran, daß die Grundlagen der Existenz der Landwirtschaft nicht schwer erschüttert wurden. Als damals darüber gekämpft wurde, ob bei der Vermögensaufrechnung der Grund und Boden nach dem gemeinen, d. h. dem Verkaufswert, oder aber dem Ertragswert eingezogen werden sollte, hat die demokratische Fraktion ausschlaggebend zugunsten der Landwirtschaft gewirkt. Dasselbe hat sie getan bei der für die Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Frage, ob bei der Vermögensaufrechnung das landwirtschaftliche Inventar noch besonders nach dem Verkaufswerte anzusetzen sei, oder aber als Bestandteil des Gutes zu gelten habe. Die beiden rechtsstehenden Parteien konnten damals bei ihrer geringen Stärke gar nichts ausrichten; die Demokraten aber gaben den Ausschlag. Ebenso sind Pacht- und Pachtvertragsgesetze unter der Mithilfe der Demokraten geschaffen, und damit dem kleinen Pächter die Sicherung gegeben, daß er in diesen unsicheren Zeiten auf der alten Scholle bleiben kann. Daß die Demokratische Partei grundfähig für den Abbau jeder Zwangswirtschaft eintritt, ist bekannt.

Zu den Denkmalsprengungen in Halle

Halle a. d. Saale, 8. Jan. Am Sonntag kam es in Halle zu einer großen nationalen Kundgebung der gesamten Bürgerschaft, die trotz des Verbotes des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten eine Versammlung einberufen hatte, um gegen die Denkmalschändungen zu protestieren. Alle Redner erhoben energischen Einspruch gegen die Anschläge auf Denkmäler, gegen ihre Urheber und gegen die Eingriffe der Polizeibehörde. Eine Entschließung spricht die Erwartung aus, daß der Minister des Innern die polizeilichen Verbote wieder aufhebt. Als nach Schluß der Versammlung ein Zug von mehreren tausend Mann am Marktplatz ankam, kam es zu Zusammenstößen mit Kommunisten, die den Trägern die Fahnen zu entreißen versuchten. Erst Polizei machte der Prügelei ein Ende. Bisher sind 11 junge Leute im Alter von 18 bis 22 Jahren als Beteiligte an den Sprenganschlägen verhaftet worden. Der Anführer ist der 20jährige Arbeiter Emil Werner, der mehrere Jahre in Odessa gelebt hat und auch unlängst wieder in Moskau weilte. Er spielte in der kommunistischen Jugendorganisation in Halle eine besondere Rolle. Nach seinem Geständnis ist er unlängst in Moskau gewesen, um in Sprengungen ausgebildet zu werden. Zweck des Attentats sei gewesen, die politische Erregung auf das höchste zu steigern, um dem Ziel der Syndikalisierung dem Chaos näher zu kommen.

Leistungssteigerung als Vorbedingung des Aufbaues.

Das Schicksal folgt mit unerbittlicher Hand in den uns vertrauten sozialen Aufbau hinein und reißt einen Stein nach dem andern heraus, wirkt ganze Berufsgruppen und Schichten zu unter, schiebt aus den unteren Schichten, einzeln und reihenweise die kräftigen und tauglichen Elemente nach oben und während dieses mächtigen Umordnungsprozesses häufen sich Trümmer, Splitter und reißt die alten Sicherungen, Tausende von Gliedern dieses großen Volksbaus stürzen hinab und werden elend zertreten im gewaltigen Wirken des Schicksals. Aber der wirbelnde Staub und Schutt darf einen nicht hindern, zu den Stellen vorzudringen, wo die ersten Ansätze der neuen Gestaltung zu sehen, wo die aufbauenden Kräfte am Werke zu finden und die Richtungen ihres Wirkens zu deuten sind. Zwar den Plan des entstehenden Werkes werden unsere im Alltagskampfe stumpf gewordenen Augen nicht erkennen können, der große Baummeister Schicksal legt ihn uns nicht in die Hand, wohl aber spüren unsere Füße den sicheren Boden, auf dem sich neues türmen kann, wohl fühlen unsere Sinne die im stürzenden Gebäude unverrückte gebliebenen Teile und das, was darauf ruht, was in fester Fügung damit zusammenwächst, was an neuen Bruchteilen entsteht. Es ist nicht ganz leicht, in dem tosenden Lärm des großen Umbaus die Sinne frei zu machen für die Aufnahme dessen, was in politischem Wirken an unserer Zukunft baut. Brüderliches Fühlen für die Unglücklichen, die im Wandel der Zeiten den Platz tauschen, in die dunkle Tiefe eines unsicheren Schicksals hinabsinken mußten, Sorge um den eigenen Platz, Verstricktheit in den gewohnten Gedankengängen unserer eigenen Schicht verschleiern den Blick und stumpfen die Sinne. Aber zuweilen zerreißt ein frischer Luftzug den Nebel vor unseren Augen, und dann stellen wir mit Freuden fest, daß in unserem Volke der Kräfte noch genug sind, den deutschen Wiederaufbau zu sichern. Vor einigen Monaten z. B. wurde die Frankfurter Herbstmesse eröffnet, eine wirtschaftliche Veranstaltung, die sich im modernen Wirtschaftsleben zumal nach dem Kriege als notwendig erwiesen hat und dem Wiederaufbau der internationalen Handelsbeziehungen äußerst förderlich gewesen und noch ist. Nicht das Jammern und Winzeln über die Schwere des Schicksals, das jetzt auf uns ruht, sondern das unverdrossene, zähe Festhalten an einmal gesetztem Ziel, das frische Einigen der ganzen Arbeitskraft, die Achtung vor den Leistungen anderer und das unverminderte Vertrauen auf den schließlichen Erfolg aller An-

strenkung machen den Menschen zum Meister seines Schicksals. Dafür sind uns Beispiele genug gegeben in den vielen um ihre Existenz und ihr Studium zugleich kämpfenden Werkstudenten, in den Siedlern, wie sie Hauptmann Schmude und andere zum Werke vereinigt haben, in den Hausfrauen, die das Lob ihrer Familie durch Arbeit außerhalb ihrer Hauswirtschaft bessern helfen. Gewiß sind das alles nur Kämpfe von einzelnen um die Möglichkeit ihres Daseins, aber gerade die Härte und Schwere dieser Kämpfe sollten allen den Stachel geben, es jenen Kämpfern gleichzutun, und wenn aus den einzelnen dann viele werden, so bricht der gemeinsam in ihnen lebende Geist die lastende Bucht der Not, und die Kläglichkeit und Erbärmlichkeit der Schmarotzer am Volkskörper, der Schieber und Wucherer, der Hamster und Faulenzer versinkt hinter der Allgemalt solchen Geistes.

Leistungssteigerung ist die Lösung für alle, die erkannt haben, daß der wirtschaftliche Niedergang unseres Volkes nur aufgehoben werden kann, wenn das Produkt der deutschen Wirtschaft wächst. Die Möglichkeiten dieser notwendigen Leistungssteigerung sind nicht schwer zu finden. Sie liegen freilich nicht in einer allgemeinen Erweiterung des Achtstundentages zum früheren Zehnstundenarbeitstag, sondern es handelt sich um größere Intensität der Stundenleistung. Schwere Fehler der Lohnpolitik gilt es vor allem zu beseitigen, wenn der Wille zu gesteigerter Leistung gehoben werden soll. Ebensovienig wie wir es gutheißen können, wenn ein Kaufmann lediglich auf die Höhe des Preises für seine Ware bedacht ist, ohne auf die Güte und das Bollgewicht der Produkte zu achten — früher war die Konkurrenz ein wirksames Gegenmittel gegen dieses Möglichst-hoch-erzielen-wollen —, ebensovienig darf es sein, daß ein Arbeiter nur noch die Lohnsätze möglichst hinaufstreben will, ohne volle Leistungen dafür einzusetzen. Die Ueberbezahlung der Jugendlichen, das geringe Differenzieren zwischen gelernten und ungelerten, zwischen alterfahrenen und jungen Arbeitern, die Beschränkung auf die Tariflöhne, die nur für Normalleistungen gedacht sind, ohne daß man Ubertariflöhne für übernormale Leistungen gewährt, das ist falsche Lohnpolitik. Auf der anderen Seite bringt es eine schlechte Betriebsführung auch häufig mit sich, daß übertriebene Arbeitsleistung die Beziehungen zwischen Werk und Arbeiter völlig aufhebt und mit dem Stumpfsinn der Leistung zugleich die Minderleistung verursacht. Sind das alles nicht deutliche Winke, daß ein neuer Geist einzuziehen muß in viele Einzelstätten unserer Wirtschaft ebenso wie in die Menschen, die in ihnen wirken? Kräfte des deutschen Wiederaufbaus können nur in einem gesunden Körper und Geiste entpfeifen. Der große Reinigungsprozeß der sich jetzt vollzieht, wird den beiseite werfen, der die Gesundheit seines Fühlens und Denkens, die Frische seines Leistungswillens nicht zu bewahren wußte.

Verhängnisvolle Folgen unserer Dividenden-Politik.

Man kann sich in Deutschland anscheinend immer noch nicht von der Vorstellung frei machen, daß es nur eines ausklärenden Wortes bedürfte, um den anderen Völkern sozusagen eine Binde von den Augen zu nehmen, damit sie die wirtschaftliche Lage in Deutschland mit wohlwollenden Blicken ansehen. Welche grundlegenden Fehler wir selber machen, um eine, sagen wir: subjektive Beurteilung der deutschen Zustände herbeizuführen, darüber sind wir uns meist selber nicht klar. In einem Aufsatz der „Kölnischen Zeitung“ zu einem Brief eines Auslandsdeutschen aus Mailand, der die Folgen einer falschen Weise, die Dividenden der deutschen Aktiengesellschaften festzusetzen, betont, heißt es sehr mit Recht, daß man sich in Deutschland nur ja nicht einbilden solle, daß die „Enttäuschten in den Siegerländern und in Neutralen geneigt seien, der Ursache des Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft mit wissenschaftlicher Genauigkeit auf den Grund zu gehen.“ Es ist so. Wir können die anderen nicht zwingen, zu sehen, was sie sehen sollen; sie werden das sehen, was sie sehen wollen. Sie klammern sich heute noch an die Idee, daß Deutschland zahlen kann, und wollen deshalb ein zahlungsfähiges Deutschland sehen. Deshalb müssen wir ihnen die Dinge so zeigen, wie sie wirklich sind, und ihnen drastisch vor Augen führen, was sie sehen sollen. Wir verlangen Zahlungsaufschub und dulden ein Luderleben in öffentlichen Lokalen. Wir erklären, wir seien zu arm, um zu zahlen und die ausländischen Rohstoffe zu kaufen, dabei hat aber fast jeder Lehrling bei uns seine Zigarette im Munde, und manch Kontordämon knabbert auf dem Wege ins Büro Pralinen, und am Verhandlungstisch welfen die Gegner auf die statistischen Zahlen über die Einfuhr von Tabak und Kakao und Auslandszucker hin und meinen Sarkastisch, ein verarmtes Volk könne sich doch solche Ausgaben nicht gut leisten. Auf demselben Blatt steht die Dividendenpolitik unserer Aktiengesellschaften. „Schreibt große Beträge ab, zahlt Eure Leute gut, aber laßt die Dividenden nach außen hin nicht mehr, besser weniger als vor dem Kriege ausmachen“, sagt der Auslandsdeutsche der „Köln. Zeitung“ aus Mailand. Einen noch viel besseren Vorschlag hat kürzlich Generaldirektor Dr. Pfatshack in der „D. Allg. Zeitung“ gemacht. Aus demselben Gedankengang heraus wie der Mailänder Auslandsdeutsche hat er vorgeschlagen, die Dividenden in Goldmark zu bemessen, damit die Verhältniszahlen zum Aktienkapital, die in ihnen zum Ausdruck kommen, keine falschen Vorstellungen mehr erwecken, im Inland wie im Ausland. Wenn heute eine Fabrik 30 Prozent Dividende verteilt, so konnte man sich vor dem Krieg für die 300 Mark 3 Anzüge kaufen. Heute reicht der Betrag zu einem Viertelpfund Margarine. Bei der Industrie, die Dr. Pfatshack vertritt: Vor dem Kriege konnte man von der Dividende, die in der Braunkohle beispielsweise die Bayerische Braunkohlen-Industrie-M.G. mit 4 1/2 v. H. = 45 Mark verteilte, 102 Zentner Briketts kaufen; von der für das letzte Geschäftsjahr von derselben Gesellschaft verteilten Dividende von 12 Prozent also 120 Mark. erhielt man nur 64 Pfund, also wenig mehr als einen halben Zentner. Dieser gesunkene Wert des Ertrags einer Aktie muß aber, damit aus den Zahlen an sich nicht Schlüsse zu unseren Ungunsten gezogen werden, von vornherein zum Ausdruck kommen. Und aus diesem Grund empfiehlt sich der Vorschlag, Dividenden nur noch in Goldmark anzugeben, selbst auf die Gefahr hin, daß unsere Papiermark dadurch noch mehr entwertet wird und wir sie, wie das durch die neue Währungspolitik Sowjetrußlands beim Rubel gesehen, gewissermaßen zu Affig-naten herabdrücken. Hier heißt es einmal die Dinge beim rechten Namen nennen. Denn die Prozentzahlen der in Deutschland ausgeschütteten Dividenden müssen bei der Stimmung in den Ländern der „enttäuschten Sieger“ zu falschen Schlüssen über unser Wirtschaftsleben führen. Diese Dividendenzahlen in Papiermark geben längst kein richtiges Bild mehr von dem

inneren Wert des Ertrags. Dem kommen wir nahe, wenn wir überhaupt von Goldmark und Papiermark absehen und den Wert der Dividenden sowohl von 1913/14 wie von 1921/22 in Tonnen mitteldeutscher Rohkohle umrechnen und zwar nach dem jeweiligen Preisstand, wobei alle Steuern und Abgaben im Kohlenpreise unberücksichtigt bleiben sollen. In Rohkohlen-Tonnen ergibt sich dann für 4 der größten Braunkohlenwerke folgendes Verhältnis:

	Mfr.-Kap. 1913/14	dazu Gewinn- auschüttg. Rohkohlen-tonnen	Mfr.-Kap. 1921/22	dazu Gewinn- auschüttg.
A. Riebed'sche Montanwerke Halle	9 275 586	1 081 034	12 231 433	153 233
Niederl. Kohlenwerke	4 137 931	496 522	7 786 889	305 729
Wersch.-Wehnenf. Braunkohlen-M.-G.	4 227 586	397 414	4 227 586	47 409
Anhalt. Kohlenw., Halle	2 758 621	294 483	4 248 903	129 840

Nach dieser Umrechnung in Rohkohlentonnen stellt sich der ausgeschüttete Gewinn der genannten 4 Gesellschaften 1913/14 und 1921/22 folgendermaßen:

	Gewinnanschüttung in %	
	1913/14	1921/22
A. Riebed'sche Montanwerke, Halle	11	1,25
Niederl. Kohlenwerke	12	3,03
Wersch.-Wehnenf. Braunkohl.-M.-G.	8,23	0,98
Anhaltische Kohlenwerke	8,5	3,06

So sieht der Wert der Dividenden von 20 und mehr v. H. heute in Wirklichkeit aus. Und damit das Ausland die wirkliche Lage unserer heimischen Erzeugung erkennt, und um denen, die absolut die Dinge nicht sehen wollen, wie sie sind, jede Möglichkeit zu nehmen, von einer noch vorhandenen Blüte zu sprechen, wäre es gut, wenn irgend ein Weg gefunden würde, die Papierwerte der deutschen Dividendenzahlen durch absolute Werte zu ersetzen.

Baden.

Stellung des Badischen Beamtenbundes zu den Änderungen des Beamtengesetzes

Karlsruhe, 8. Jan. Der Badische Beamtenbund nimmt in einer Eingabe an den Badischen Landtag, in der der Dienst der Beamten als Dienst für die Volksgemeinschaft und für die Republik erklärt wird, zu dem Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Änderung des badischen Beamtengesetzes Stellung und lehnt entsprechend dem vom Bundesvorstand gefassten Beschluß den ersten Teil des Entwurfs, der lediglich eine Ergänzung des Beamtengesetzes auf Grund der Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik darstellt, ab. Die ablehnende Stellungnahme wird einmal damit begründet, daß das Beamtengesetz in seiner bisherigen Fassung genügend Handhaben biete, um gegen den Beamten, der sich irgendwie gegen die verfassungsmäßig republikanische Staatsform verhält, einzuschreiten. In zweiter Linie wird auf die mustergültige Ruhe, die in politischer Beziehung bisher in Baden geherrscht hat, und auf die demokratischere Gesinnung, die die Gemüdnung an die neuen Verhältnisse bei Volk und Beamtenschaft erleichtert und beschleunigt hat, hingewiesen, dadurch ist es bisher zu Verstößen gegen die Verfassung seitens der Beamtenschaft so gut wie nicht gekommen und das sollte schon ohne weiteres Berücksichtigung sein, auf die Schaffung von besonderen Bestimmungen im Beamtengesetz zu verzichten. Endlich wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß bei Uebernahme der Bestimmungen aus dem Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik und deren praktischer Auswirkung sich ein Schnüffler- und Denunziantentum breit machen wird, das nach aller Erfahrung nicht geeignet sei, ein Gemeinwesen zu erhalten und hoch zu bringen. Eine Maßnahme, die die Gefahr der Schnüfflerei mit sich bringe, könne infolgedessen mit bestem Willen nicht als Maßnahme zum Schutze eines Gemeinwesens angesehen werden. Für den zweiten Teil des Entwurfs, der Verbesserungen im Disziplinarverfahren bringt, werden am Schlusse der Eingabe einige Abänderungen vorgeschlagen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 9. Jan. (Vom Wetter.) Die Tiefdruckwellen beherrschen weiterhin die Wetterlage und es ist vorläufig damit zu rechnen, daß das milde, regnerische Wetter anhält. Obwohl durch das wärmere Wetter in der Haushaltung viel Kohlen gespart werden können, so steht doch zu befürchten, daß später ein Rückfall kommt, der den Saaten mehr schadet, als das Regenwetter bis jetzt nützte. Nach alter Bauernregel steht man einem warmen Januar immer mißtrauisch gegenüber.

Rappena, 8. Jan. (Frauenverein.) Die gestrige Generalversammlung des Frauenvereins war gut besucht. Der Rechenschaftsbericht konnte melden, daß endlich der Kinderschulboden dank der Herren A. und E. Krauß in Amerika erneuert werden konnte, daß manche andere Gaben der Liebe gegeben wurde, außer den reichen Gaben der hiesigen Gemeinde, z. B. von Frau Schild 2000 Mark, Bad. Frauenverein 1000 Mark, Töchterchor 5000 Mark, Männer- und Jünglingsverein 5000 Mark, Jugendbund f. E. C. 500 Mark, ein Konzert von Insassen des Sanatoriums brachte 500 Mark, die Mütterabende 800 Mark usw. Im ganzen 40 811 Mark dieser Einnahme stehen jedoch 55 829 Mark an Ausgaben und unbezahlten Rechnungen gegenüber, sodaß noch ein Fehlbetrag von 15 000 Mark vorhanden ist. Notgedrungen mußte deshalb der Mindestbeitrag für ein Mitglied auf 60 Mark im Jahr (Preis für 1/2 Liter Milch!) erhöht werden. Wers machen kann, darf natürlich mehr zahlen und wirds auch tun. — Zur Stärkung der Kasse soll am 21. Januar ein Kaffeekonzert veranstaltet und alle 14 Tage (erstmalig Montag 15. Januar) ein Mitterabend abgehalten werden, wozu jede Mutter erscheinen darf, auch wenn sie dem Verein nicht angehört. — Der Verein zählte 144 Mitglieder und wuchs auf 155 an; zum ehrenden Andenken an drei verstorbene Mitglieder erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. — Die Anregung, junge Ehepaare durch ein Kind beglückwünschen zu lassen, wurde ausgeführt und brachte bisher gegen 1000 Mark ein. Nachdem der geschäftliche Teil zu Ende war, sang der Töchterchor noch 3 Lieder und einige junge Mädchen aus dem Verein von Frau Pfarrer führten das ergreifende Stück auf: „Der Liebe Sieg“. — Alles in allem: Durch den Frauenverein geht ein neuer frischer Zug, und die Liebe hört nimmer auf!

Meckesheim, 7. Jan. (Ein Raubüberfall) trug sich am Abend des Mittwoch zwischen Mönchzell und Meckesheim zu. Der Hausierer Heinrich Reimuth, in Bammental wohnhaft, wurde zwischen Meckesheim und Mönchzell von einem anderen angefallen und 50 000 Mark beraubt. Der Täter dürfte ein junger Mann im Alter von ungefähr 26 bis 30 Jahren sein, der als „Meßger Ernst Stein aus Heilbronn“ in der Nacht zum 4. Januar in Meier übernachtet hat. Er hat am Mittwochabend in Mönchzell den Hausierer betrunken gemacht und ist



dann mit ihm fortgegangen. Das Geld befand sich in einer schwarzen Lederbrieftasche. Anscheinend ist der Täter mit einem Manne identisch, der sich am Abend des genannten Tages bemühte, in Neckesheim noch ein Fuhrwerk nach Mannheim oder Heidelberg zu bekommen, und der dafür vergeblich einige tausend Mark bot. Der angebliche Ernst Stein ist etwa 166 bis 168 Zentimeter groß, hat blondes Haar, gestutzten Schnurrbart, Zahnfüllen, trug dunklen Ueberzieher und dunkelgrauen Hut.

Reunfirchen (Amt Eberbach), 8. Jan. (Hochzeit unter Polizeischutz.) Eine große Erregung bemächtigte sich am Samstag der Gemeinde anlässlich einer Hochzeit. Eine verschämte Liebhaberin des Bräutigams versuchte dem Brautpaar den Eintritt in die Kirche zu verwehren, sodass das Paar unter dem Schutze der Polizei in die Kirche geführt werden mußte.

Heddesheim, 8. Januar. (Verhaftet wegen Preiswuchers.) Ein Händler aus Wiesheim, der hier große Mengen Getreide aufkaufte und mit bedeutenden Preisaufläufen nach auswärts weiter verkaufte, wurde wegen Preiswuchers verhaftet.

Mannheim, 8. Jan. (Verschiedenes.) Die wegen des großen Defizits gefährdete Aufrechterhaltung des Betriebs des Mannheimer Nationaltheaters scheint gesichert zu sein. In einer vertraulichen Sitzung des Bürgerausschusses, die sich mit der Theaterfrage befaßte, konnten zwar bindende Beschlüsse über die Erhaltung des Theaterbetriebes noch nicht gefaßt werden, da ein Antrag des Stadtrats wegen Fortführung noch nicht vorlag. Doch darf erhofft werden, daß die überwiegende Mehrheit der städtischen Kollegien gegenüber den zu erwartenden Vorlagen wegen Aufrechterhaltung des Theaterbetriebes eine günstige Haltung einnehmen wird. — Die Spenden für die Mannheimer Notgemeinschaft haben die Gesamtsumme von etwa 50 Millionen Mk. erreicht.

Ladenburg, 8. Jan. (Durch elektr. Strom getötet.) Ein verheirateter Elektrotechniker aus Birkenau kam bei Arbeiten an der Hochspannungsleitung mit dieser in Berührung, stürzte ab und war sofort tot.

Knittlingen, 8. Jan. (Schwerer Unfall.) Wie nachträglich bekannt wird, wurde in der Neujahrsnacht ein mit Dynamit geladenes Projektil zur Explosion gebracht. Durch den starken Luftdruck wurden zahlreiche Fensterscheiben, darunter auch ein Kirchenfenster und ein Schaufenster zertrümmert.

Königsbach b. Pforzheim, 8. Jan. (Feuer.) Durch Feuer sind die beiden Wohnhäuser und Scheunen des Landwirts August Strähle und des Hilfsarbeiters Christian Gerhardt eingeeigert worden. Außer dem Viehbestand und etwas Hausrat konnte nichts gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung.

Forbach (Murgtal), 6. Jan. (Ein Opfer seines Berufs.) Der beim Murgwerk beschäftigte 36jährige verheiratete Elektromonteur Emil Feber stürzte mit einem Telephonmast, an dem er arbeitete, und der plötzlich umfiel, ins Wasser und ertrank. Da der Verunglückte vorchriftsmäßig angechnallt war, konnte er sich nicht retten. Das Unglück wurde erst am anderen Tage wahrgenommen, als das 9jährige Kind des Verunglückten seinen Vater im Betrieb suchte, weil er am Abend zuvor nicht nach Hause gekommen war.

Wienzen (Amt Staufen), 7. Jan. (Rascher Tod.) Der schon längere Zeit herzleidende Hermann Beck, wurde, als er die Wasserleitung im Brunnen schacht abstellte, vom Schlaganfall getroffen und stürzte in den Brunnen schacht.

Konstanz, 7. Jan. (Nachahmensewertes Beispiel.) Die städtische Arbeiterschaft hat sich bereit erklärt, einen halben Stundenlohn der deutschen Notgemeinschaft in Konstanz in den Monaten Januar, Februar und März abzuführen.

Virmasens, 5. Jan. (Die Krise in der pfälzischen Schuhideustrie.) Die Krise in der Schuhideustrie dauert unermindert weiter. Der Absatz stockt, weil das zum Kaufe gezwungene Publikum die Preise nicht mehr anlegen kann. Die kaufkräftige Bevölkerung jedoch ist durch Borratskäufe hinreichend versorgt. Infolge dieser Absatzstockung macht sich besonders im ganzen Virmasenser Gebiet eine überaus große Betriebseinschränkung notwendig.

Meersburg, 6. Jan. (Tot aufgefunden.) Der in betrunkenem Zustand in den Ortsarrest Radolfzell eingelieferte 50jährige Gelegenheitsarbeiter Aug. Glanz von hier wurde in der Zelle tot aufgefunden.

Newport, 3. Jan. (Unwetter.) Nach einem Kabeltelegramm der B. Z. aus Newport herrscht dort seit einigen Tagen ein fürchterliches Unwetter. Die Stadt soll infolge des starken Sturmes, der zum Teil den Eisenbahn- und Schiffsverkehr lahmlegt, nur noch für zwei Tage Kohlen haben.

### Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“.

Nach dem Stande vom 7. Januar 1923. (Nachdruck verboten.) **Allgemeine Lage** Aller Augen waren die letzte Woche nach Paris gerichtet. Durch den jähen Abbruch der Konferenz ist eine sehr ernste Lage geschaffen worden. Deutschland geht politisch und wirtschaftlich seinen schwersten Tagen entgegen. Wenn nicht durch ein Wunder noch Hilfe schnell und ausgiebig kommt, dann steht der deutschen Wirtschaft das Schwerkste bevor. Selbst die günstigste Lösung der Reparationsfrage wäre mit sehr ersten, allerdings dann vorübergehenden Schwierigkeiten zu rechnen gemessen.

**Geldmarkt.** Durch den Abbruch der Pariser Konferenz wird mit einer weiteren erheblichen Verschlechterung der Reichsmark gerechnet. Die Eindeckung mit Devisen seitens der Spekulation, der Industrie- und Handelskreise haben in größerem Umfange wieder begonnen.

**Handel, Gewerbe und Industrie** Das Preisniveau hat sich derartig rapide überall gehoben, daß die Möglichkeit der Versorgung der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Produktion auf den Auslandsmärkten immer enger in Frage gestellt wird. Die Preise der deutschen Erzeugnisse sind bereits derart übersteigert, daß wir bei weiterem Fortgang der Inflation mit Krisen und Absatzstößen zu rechnen haben werden. Auch aus fast allen Gewerbebezirken wird uns über einen zum Teil recht beträchtlichen Konjunkturrückgang geklagt. — Das Kilo Zeitungspapier wurde für Januar auf 560 Mark festgesetzt. Jeder Prosekt der Zeitungen bleibt wirkungslos. Eine weitere große Anzahl von Zeitungen ist neuerdings eingegangen. — Am 28. Dezember wurden 42 neue Konkurse angemeldet. (Nov. 28.) Im Jahre 1922 waren es 907 Konkurse gegen 3042 i. J. 1921. — Die Zuschläge zu den Ausfuhrabgaben wurden aufgehoben, da die Gestehungskosten der Waren den Weltmarktpreis vielfach erreicht und teilweise sogar überschritten haben.

**Holzmarkt** Die jüngste Zeit brachte etwas mehr Ruhe in den Einkauf von Nadelholz- und -Blechholz, keinesfalls aber durch mangelnden Bedarf hervorgerufen, sondern durch die Befürchtung eines Umschwunges, die vielen Käufern die Zurückhaltung im Einkauf auferlegte. Von einem merklichen Rückfluten der Preiswelle konnte aber bislang noch nicht die Rede sein.

**Warenmarkt** Weitere Preissteigerungen in einer Reihe von lebensnotwendigen Produkten sind angekündigt. Die Steigerung der Frachten trägt wesentlich dazu bei. In jedem lebensnotwendigen Artikel darf man heute drei-Fünftel des Preises auf Frachten, Porto, Kreditzinsen und Steuern rechnen. — Wegen zu erwartenden weiteren Preiserhöhungen für Zucker hält das starke Eindeckungsbedürfnis an. Die Weltzuckerbestände betragen am Jahresende 1 614 400 To. gegen 2 400 600 To. und 2 249 900 To. in den beiden Vorjahren. — Die Nachfrage nach Stickstoffdüngemittel ist größer als das Angebot. Die Erzeugung erlitt einen erheblichen Ausfall durch den Streik in Oppau.

**Landwirtschaft** Die Aussichten für das kommende Erntejahr sind gegenwärtig noch recht trübe. Die Winterfrüchte weisen im allgemeinen keinen guten Stand auf. Die Witterung ist noch

dazu recht ungünstig. — Die Kreditnot der Landwirtschaft wird größer. Leider wird die Beobachtung gemacht, daß die sonst nötige Düngung infolge der teuren Düngemittel in diesem Jahre in der Menge zurückblieb. Produktionsrückgang und vermehrter Einkauf im Auslande wird die Folge sein. — Die Hopfenenernte 1922 beträgt bei 12 014 Hektar (1921: 11 279) Anbaufläche 62 161 Dzir. (1921: 32 194; 1914 22 761 Hektar 169 477 Dzir.). — In einer Konferenz des Reiches und der Länder soll in diesem Monat noch das längst geplante Produktionsprogramm für die Landwirtschaft aufgestellt werden.

**Produktenmarkt** Das neue Jahr begann im Geschäft mit außerordentlicher Ruhe. Käufer wie Verkäufer verhalten sich abwartend.

**Lebenshaltung** Die Teuerung steigt weiter. Die Reichsindexziffer ist im Dezember auf 68 506 gegenüber 44 610 im November gestiegen. Die Gesamtkosten der Lebenshaltung betragen somit für Dezember das 685fache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem Vormonat beträgt die Steigerung 53,66 Prozent.

**Baumarkt** Die Einschränkungen durch die Verteuerung des gesamten Bauens haben im Dezember weiter zugenommen. Der Rückgang der Bauvorhaben überschreitet jede Erwartung. Im Dezember wurden im ganzen Reich nur 458 neue Bauten gemeldet d. h. ein Achtel der Neubauten im Dezember 1921.

**Verkehr** Industrielle Kreise protestieren in schärfster Form gegen die neuen Tarifierhöhungen der Reichsbahn, die den Beginn einer ganz neuen bedeutenden Erhöhung aller Warenpreise darstellen. — Durch die Tarifierhöhungen bei der Post hat sich der Briefverkehr bisher um 30 bis 40 v. H. vermindert. — Die Schifffahrt auf dem Rhein kann gegenwärtig wieder ohne Einschränkungen bis nach Rehl-Sträßburg ausgebaut werden. Die Lage im Verfrachtungsgeschäft ist erheblich ruhiger geworden.

**Ausland.** Die Wiener Frühjahrsmesse findet v. 18. bis 24. März statt. — Die ungarische Industrie wird diesmal auf der Leipziger Frühjahrsmesse mit einer eigenen Meßausstellung vertreten sein. — Frankreich hat heute 197 steuerpflichtige Multimillionäre. Die Vermögen unter der Bauernbevölkerung sind nach der Statistik durchschnittlich um 180 Prozent höher als in den Städten. — In Dänemark sind infolge Arbeitslosigkeit 200 Familien aus dem nördlichen Teile von Jütland, die durchweg Akerbauern sind, zur Auswanderung nach Kanada vorgemerkt. — Die internationale Mustermesse in Barcelona findet vom 17. bis 28. März statt. — Die finanzielle Lage in Japan wird als etwas beunruhigend gemeldet. Eine starke Geldknappheit wird konstatiert. — Die Baumwollenernte in Amerika wird mit Ausnahme der Ernte des letzten Jahres als die schlechteste seit 1903 bezeichnet.

### Viehmarkt in Mannheim am 8. Januar 1923.

Es waren aufgetrieben: 1017 Stück Großvieh, davon: 132 Ochsen, 142 Faren, 743 Kühe und Rinder, ferner 370 Kälber, 703 Schweine. Preise für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 1. Klasse 62 000—65 000 Mk., 2. Klasse 58 000—60 000 Mk., 3. Klasse 48 000—52 000 Mk., 4. Klasse 38 000—44 000 Mk., Faren: 1. Klasse 52 000—56 000 Mk., 2. Klasse 48 000—52 000 Mk., 3. Klasse 42 000—46 000 Mk., Kühe u. Rinder: 1. Klasse 62 000—65 000 Mk., 2. Klasse 56 000—60 000 Mk., 3. Klasse 50 000—54 000 Mk., 4. Klasse 46 000—50 000 Mk., 5. Klasse 32 000—40 000 Mk., Kälber: 50 000—68 000 Mk., Schweine: 1. Klasse 83 000—85 000 Mk., 2. Klasse 82 000—84 000 Mk., 3. Klasse 82 000—84 000 Mk., 4. Klasse 78 000—80 000 Mk., 5. Klasse 74 000—78 000 Mk., 6. Klasse 72 000—78 000 Mk.

Marktvorkauf: mit Großvieh mittelmäßig, langsam geräumt; mit Kälbern ruhig, langsam geräumt; mit Schweinen mittelmäßig, ausverkauft. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gemogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

Genossenschaftsregistereintrag zu D. 3. 33 (Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Dühren, e. G. m. beschr. H. in Dühren): Die Haftsumme ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. November 1922 auf 1000 Mk. erhöht. Sinsheim, den 6. Januar 1923. **Bad. Amtsgericht.**

Genossenschaftsregistereintrag zu D. 3. 5 (Landw. Konsum- und Abgabverein, e. G. m. u. H. in Eichelbach): An Stelle von Johann Eckstein, Markus Rudisile, Peter Bender, Johann Heinrich Bender, Johann Fürstenberger und Heinrich Bender wurden Friedrich Schwickert, Adam Müller, Hermann Heinrich Edinger, Gustav Fürstenberger, Wilhelm Filsinger jung und Heinrich Bender 1., alle in Eichelbach in den Vorstand gewählt. Sinsheim, den 6. Januar 1923. **Bad. Amtsgericht.**

### Beranlagung und Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1922.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Bezirk des Finanzamts Sinsheim aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1922 bis spätestens Ende Januar 1923 dem unterzeichneten Finanzamt (Umsatzsteuerstelle) schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues, sowie der Bergwerksbetrieb.

Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Die Steuerpflicht tritt auch ein, wenn ein Verein, eine Gesellschaft oder eine Genossenschaft, die nur an die eigenen Mitglieder liefern, die Tätigkeit ausüben. Auch Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notar, Künstler etc.) sind steuerpflichtig. Steuerpflichtig sind nicht nur Lieferungen sondern auch Leistungen, die gegen Entgelte erfolgen. Auch kleinste Betriebe sind umsatzsteuerpflichtig. Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen u. s. w. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzten Fall der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt. Die Entrichtung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholenden Zwangsgebühren bis zu je 500 Mk. erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 A).

Das Umsatzsteuergesetz bestraft denjenigen, der über den Betrag der Abgaben eine unrichtige Angabe macht und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht mit einer

Geldstrafe bis zum 20fachen Betrag der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu 2 Stück können von jedem Steuerpflichtigen der Stadt Sinsheim bei dem unterzeichneten Finanzamt (Zimmer 6) kostenlos entnommen werden, während die Steuerpflichtigen der übrigen Gemeinden des Bezirks die Vordrucke von den Steuer-einnehmerien zugestellt erhalten.

Eine Zufassung von Vordrucken an die Steuerpflichtigen findet nicht statt. Die Steuerpflichtigen sind somit zur Anmeldung der Vordrucke verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung der Erklärung ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund seiner Ermittlungen schätzungsweise vorzunehmen. Bei verspäteter Einreichung wird ein Zuschlag bis zu 10 v. Hundert des endgültig festgelegten Steuerbetrags erhoben.

Gleichzeitig werden die zur Abgabe von Umsatzsteuererklärungen verpflichteten Personen hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach § 37 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 8. April 1922 innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalenderjahres eine Vorauszahlung auf die entstandene Steuerschuld zu leisten haben. Ist der Steuerabschnitt das Kalenderjahr oder ein kürzerer Zeitabschnitt und ist die Steuer nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf eines Kalenderjahres, in das der Steuerabschnitt fällt, veranlagt und fällig geworden, so ist die Vorauszahlung in Höhe des Betrags zu leisten, der sich aus der Steuererklärung ergibt. Ist der Steuerabschnitt länger als ein Kalenderjahr, so erhält der Steuerpflichtige im Monat März eine Aufforderung zur Abgabe von Vorauszahlungen zum Zwecke der Entrichtung von Vorauszahlungen unter Verwendung der beigefügten Zahlkarten, in denen die in dem abgelaufenen Kalenderjahr vereinnahmten Entgelte, soweit sie umsatzsteuerpflichtig sind, mit ihrem Gesamtbetrag aufzuführen sind; gleichzeitig ist die aus diesem Betrage errechnende Vorauszahlung zu leisten.

Gibt der Steuerpflichtige bei vierteljährlicher Versteuerung eine Steuererklärung oder — bei jährlicher Versteuerung — eine Voranmeldung innerhalb eines Monats nach Ablauf eines Kalenderjahres nicht ab, so bemisst die Steuerstelle die Vorauszahlung auf mindestens ein Viertel der für das vorausgegangene Kalenderjahr veranlagten Steuer. Erforderlichenfalls wird geschätzt. Uebersteigt die am Schlusse des Steuerabschnitts auf Grund der Veranlagung für die Gesamtsumme festgesetzte Steuer den Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 v. Hundert der Vorauszahlungen, so erhöht sich die Steuer um 10 v. Hundert dieses überschreitenden Betrages. Es liegt daher im Interesse der Steuerpflichtigen, die Vorauszahlungen in solcher Höhe zu leisten, daß die endgültig zu veranlagende Steuer annähernd gedeckt ist. Für nicht fristgemäß eingegangene Vorauszahlungen werden Verzugszinsen berechnet, die von dem Betrage der Vorauszahlung in Abzug gebracht werden. Ueberbleibende Beträge werden gegebenenfalls mit Zinsen zurückbezahlt oder auf die nächste Vorauszahlung angerechnet.

Mündliche Auskunft wird jeweils Mittwoch und Samstag von 8—12 Uhr erteilt. Sinsheim, den 9. Januar 1923. **Finanzamt.**

### Gewerbebeschule Sinsheim.

Ehemalige Schüler der hiesigen Gewerbebeschule, welche in den letzten Jahren diese Anstalt besucht und Bücher aus der Schülerebibliothek entliehen und nicht wieder abgegeben haben, werden ersucht, dieselben so fort bei mir im Gewerbebeschulgebäude abzugeben, andernfalls Strafansprüche erlitten werden muß. **Gewerbelehrer Heiß.**

### Mugholzverkauf.

3,36 Festmeter Weißtanne 1. und II. Klasse 1,67 " Eichen II. Klasse. Angebote bis 20. Januar an **Freiherrlich von Gemmingen'sches Rentamt Badstadt.**

### Möbliertes Zimmer

mit elektrisch. Licht per sofort zu mieten gesucht. Angebote an **Gewerbelehrer Heiß.**

### Ein gut erhaltenes Fahrrad

zu verkaufen. **Jacob Zell, Wirt, Reichen.**

### Fahradgummi

**Fahrräder Kinderwagenreifen** Preisliste gratis. **Franz Lauscher, Hildesheim.**

### Schönheit

verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte **Stechenpferdseife** die beste Lilienmilchseife. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiß und sammetweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien. **Apoth. Dr. C. Kleiner, Engel-Drog. A. Engel, Wilh. Geiß, Seifensieder.**

Wegen Erkrankung meines Mädchens suche ich per sofort oder 15. Januar, ein ordentliches fleißiges **Mädchen**

### Mädchen

**Frau Julius Veer, Sinsheim a. E.** Grauer, langhaariger **Schnauzerhund**

entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben an **Heinrich Rudy, Weiler.**

### Wir geben

Berzeichnisse unseres Antiquariatslagers nicht heraus. Durch die Erparnis der hohen Druckkosten sind wir **Deshalb**

in der Lage für ganze Bibliotheken und einzelne Bücher **Höhere Preise**

anzulegen. Antiquar kommt auch nach auswärts. **Bangel & Schmitt**

(M. Freichen) **Abt. Antiquariat, Heidberg, Anlage 5.**